

Jülicher Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Jülicher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (am Sonn- und festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierthalbjährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:

Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Das Anzeigengebühr beträgt für die fürsgehaltene Petition oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf. — Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, gefürt, der Expedition abgegeben werden.

Nr. 251.

Mittwoch, den 26. Oktober 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Courage.

Eine neue Samuschau i. d. e.

Der Seiten Not ist groß. Also muß Elard von Oldenburg-Samuschau erscheinen und das Vaterland erreten. Er ist's in seiner Art. Stalinskifusfig tritt er, wie schon kurz berichtet, auf im Kreise seiner agrarischen Freunden in Marienberg. Dreck und Schafsköpfe waren die Hauptworte in der Rede dieses Edelsten von Samuschau.

Der Kammerherr v. Oldenburg gab vor zwei Jahren das Signal zum Kampf gegen die Reichserbschaftsteuer und gegen die preußische Wahlrechtsreform. Er hat auch wirklich gestellt. Er ist geblieben, aber Bülow mußte weichen. Die Reichserbschaftsteuer ist gefallen und die preußische Wahlrechtsreform ist kaput. Aber auch dem Sieger von Samuschau ist nicht wohl zu Gemüth. Seine Politik hat zugleich die grenzenlose Verwirrung in den staatsverhaltenden Parteien bewirkt. Der arme Oldenburg muß jetzt klagend davon erzählen, wie ihn „in diesen Jahren der Ekel befallen habe, dem jeder Abgeordnete ausgezeigt ist, der in erster Reihe des Gesetzes steht“. Der arme Oldenburger! Jedoch trotz allem Ekel will er patriotisch ausharren, will er nicht vom Kampfplatze weichen: „Ich sage es ganz offen und halte es für unsern Wahlkreis für gut, wenn Sie mich wieder in den Reichstag schicken. Sonst könnten die Schafsköpfe ja glauben, daß ich vor Ihnen rettete.“

Wer mögen die Schafsköpfe sein, die des edlen Herrn Elard Ekel hervorrufen? Es sind — die Handelskünder und die Bauernkünder, die ihn mit Dreck beschmissen haben, mehr als es die Sozialdemokraten tun“.

Gegen diese Schafsköpfe zog nun Oldenburg tüchtig zu Felde. Sie seien an allem Unheil schuld, weil sie „ihre Parteisuppe auf Kosten des Vaterlandes kochen wollten“. Was haben die Schafsköpfe erreicht? „Einen Triumph der Sozialdemokratie! Sieht man nur wir durch — durchs rote Meer!“

Junker v. Oldenburg aber ist bereit, der Regierung zu sagen, wie sie sich und das Vaterland aus der Not erlösen soll. Was soll Herr v. Bethmann-Hollweg tun? Zuerst lasse er sich's gesagt sein, daß er nicht etwa den Versuch mit der Erbschaftsteuer nochmals machen solle:

„Ich möchte nochmals die Gründe wiederholen, die uns in erster Zeit veranlaßten, gegen die Erbschaftsteuer zu stimmen. Wir müssen es Herrn v. Bethmann-Hollweg sagen, daß wir auch nicht umfallen werden, wenn sie wieder kommen sollte. (Bravo!) Weil wir wissen, daß das Kapital bei der direkten Steuer im Reich schuhlos den Massen preisgegeben wird, darum lehnen wir sie ab. Das ist der große politische Grund, der uns gezwungen hat, und jeden Konservativen auch ferner zwingen wird, sich zu wehren, solange er kann, gegen die Enteignung des Vermögens im Deutschen Reich.“

Der edle Oldenburger bestätigt also nochmals feierlich, daß der Reichstag für alle Zeit nur indirekte, volksbelastende Steuern bewilligen darf, daß er Bier und Tabak, Kasse und Tee, Spiritus und Zündhölzer, vor allem Brot und Fleisch besteuern und verzollen darf, nimmermehr jedoch die Erbschaften der Reichen. Dies wäre „Enteignung des Vermögens“. Nur das karge Einkommen der Arbeiter und Armen, das zur Fristung der Existenz nicht reicht, darf durch immer mehr Steuern enteignet werden. Es kann uns nur aufs allerhöchste willkommen sein, daß diese Grundsätze der konservativen Politik nochmals deutlich und unumwunden verkündigt werden.

Auch von preußischer Wahlrechtsreform will der konservative Junker noch immer nichts wissen. Wenn auch nur Bekanntes wiederholt wird, so ist es doch lehrreich, wie Oldenburg von der Ankündigung der Wahlrechtsvorlage durch den Fürsten Bülow spricht.

Es war das große Verdienst des Fürsten Bülow, der die Handelsvereinigungen, die die Aera Caprii hervorgerufen, bestätigte und den Landmärkten wieder gleiches Recht gleiche Lust mit den anderen Städten im Reiche verschaffte. Nun kam wie ein Blit aus heiterem Himmel die preußische Chronrede mit der Ankündigung der Wahlrechtsänderung. Bülow hat, wie ich glaube, damals gar nicht die Sache so tragisch aufgefaßt; er war aber nicht allein und konnte nicht beurteilen, welche Bedeutung — Gott sei Dank — das Wort des Königs von Preußen hat. Aber zwei Dinge gibt es, an denen man nicht rütteln soll, das ist die preußische Verfassung und das Offizierkorps. (Bravo!) Wird an diesen beiden

Pfeilern gerüttelt, so geht jeder Halt vorbei, der selbst in so verworrender Zeit wie heute noch besteht im Andenken des Hohenzollerntums. Gestern lächelte ja wieder die Sonne über den Volksgeist über den Hohenzollern. Aber müssen wir nicht sagen, daß wir jüsten eine so einwandfreie Kaiserrede wie die in Königswberg gehabt haben? Der Kaiser sagte, daß er die Krone nicht vom Volk habe, daß er von Gottes Gnaden sei. Und das ist die Wahrheit. Hat er sich doch stets und immer bekannt als ein Diener des allmächtigen Gottes. Das ist historisch richtig. Und wenn der Kronprinz auffordert, die deutsche Eigenart zu wahren, was könnte er Schöneres und Besseres sagen?

Also: Bülow hat damals die Wahlrechtsreform in der Chronrede angekündigt, ohne sich der Tragweite der Sache bewußt zu sein. Am Dreiklassensystem darf aber auf keinen Fall gerüttelt werden, — das wäre das Ende der Hohenzollerntlichkeit. Es folgt eine der üblichen junkerlichen Monarchenbewehrtücherungen, der widerwärtigen Schmeichelreden zum Zweck der Drohung und Einschüchterung.

Keine Erbschaftsteuer, keine Wahlrechtsreform, — was aber soll der Reichskanzler denn sonst beginnen? Der Samuschauer erklärt:

„Das Programm der Zukunft muß festhalten an der bisherigen Wirtschaftspolitik und an der Erhaltung einer starken Armee, aber das Programm der Zukunft muß noch etwas anderes bringen. Wohin das Macht geben, das Preisgeben von Grundsätzen führt, das sehen wir in Frankreich. Ein Halt muß sein! In Magdeburg sagte sogar der alte Bebel: Das kommt ihr gar nicht vorstellen, was wir Preußen sind! Ich glaube, der Reichskanzler hat sich die Riede Bebel sorgsam durchgelesen. Er zieht hoffentlich die rechte Schlussfolgerung daraus: Wir wünschen ein zurückhaltendes Kämpfen der Sozialdemokratie. Wem in Moabit die Augen noch nicht aufgegangen sind, dem ist nicht zu helfen. Ich habe kein Verständnis dafür, daß ein geordnetes Staatswesen drei Tage braucht, eine solche Revolte zu besiegen. Erst verbietet man zu schießen — und dann sammelt man für verwundete Schutzleute! Ein energischer Stoß sofort spart Hunderte von Toten hinterher. Also los auf die Schanzen! wenn nicht so hältlose Zustände wie in Portugal hier eintreten sollen, wenn noch geschlitzt werden sollen Vaterland und West! Vor einigen Jahren sah ich ein Bild, das einen alten Krieger von 1870 mit dem eisernen Kreuz und dem Vorzeichen im Helm darstellt, wie er sich den Doveschen Kugelschuhpanzer ansieht. Und darunter stand folgender Vers:

„Ihr Herren vom Fach, tut's mit zu Bleib!“

Erspart euch die Blamage!

Der beste Panzer ist der Heiß!

Mein Panzer heißt Courage!

Das Bild möchte ich dem Herrn Minister auf den Schreibtisch stellen für ein Programm der deutschen Zukunft.“

So hat der Herr v. Samuschau der Regierung und dem Kaiser übermittelt, was sie zu tun haben.

Herr v. Heydebrand meint, das alles ebenso, wenn er es auch ganz anders ausgedrückt hätte. Er hätte sich wohl gefühlt, auf die „häßlichen Zustände in Portugal“ hinzuweisen und zugleich das Gottesgnadentum zu feiern. Was der Kammerherr von Oldenburg, stattjunkerlich ausschaut, ist die übereinstimmende Meinung und der allgemeine Wunsch der konservativen Junkerpartei. Bethmann-Hollweg soll den Mantel des Philosophen fallen lassen, soll sich an dem ihm gewidmeten Kriegervereinsbild kräftigen und mit der Courage des Kriegsmanns gegen die sozialdemokratischen Schanzen losrennen. Theobald mit den langen Beinen und Elard Oldenburg mit den kurzen Beinen zusammen gegen die Sozialdemokratie stürmend, — in der Tat ein hübsches Bild für die Wizblätter.

Theobald ist aber nicht so sehr für die Courage eingenommen, die Oldenburg ihm empfiehlt. Oldenburgs Alarmrede gegen die Erbschaftsteuer war der Anfang vom politischen Jammer der herrschenden Klüte. Ob jetzt derelbe Stalinskij als der rechte Retter aus der von ihm angerichteten Not gelten wird? So viel Courage wird Theobald nicht besitzen. Er wird es vorziehen, aus den Ratschlägen von allen Seiten etwas in seine Regierungsphilosophie einzufüllen. Er wird es ein bisschen mit Oldenburg halten und er wird ein bisschen mit den Handelskündern kokettieren, — wenn sie auch ausgemachte Schafsköpfe sind . . .

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Kampf um die Enteignung.

Das politische Enteignungsgeley ist längst angenommen und Fürst Bülow hat seinerzeit dieses Geley als eine dringende Staatsnotwendigkeit bezeichnet und den ganzen Einfluß seiner Persönlichkeit eingesetzt, um das

Geley durchzubringen. Erstdem ist das Geley bis heute noch nicht angewandt worden, Lehr zum Leidweise der Hohenzollern, die nun die Regierung fortgesetzt drängen, mit der Enteignung den Anfang zu machen. Aus Gründen, die in der Öffentlichkeit nicht bekannt sind, läßt sich die Regierung zunächst nicht darauf ein und es wird sehr darauf hingewiesen, daß eine Kommission, der die Entscheidung über diese Dinge anvertraut sei, voraussichtlich erst im Januar 1911 wieder zusammentreten werde. Dennoch darf man wohl annehmen, daß das Enteignungsgeley nur ein Mittel in der Hand der Regierung sein soll, mit dem man den Polen fortgesetzt drohen kann, daß aber die Anwendung des Gesetzes selber keineswegs ernstlich ins Auge gefaßt ist.

Flottentreiber an der Arbeit.

Der Präsident des Deutschen Flottenvereins, Großadmiral v. Röster, hat auf der Tagung des Landesverbandes von Sachsen-Weimar eine Rede gehalten, in welcher er bestreit, daß der Flottenverein auf userlose Flottenrüstungen hindrange. Er behauptete, eine Grundlage für ein Übereinkommen mit England über die gegenseitige Stärke der Flotte sei mit dem Flottengesetz geschaffen worden. Daraus könnte England ersehen, wie weit die deutschen Rüstungen gehen sollen und der Flottenverein strebe durchaus nicht dorthin, etwa über den Rahmen des Flottengesetzes hinaus erhebliche Neuerungen durchzuführen. Der Redner beklagte dann den Mangel an Personal für die fertiggestellten Schiffe und forderte, daß dem so rasch als möglich abgeholfen werden müsse. So ganz ohne neue Forderungen ging es aber nicht ab, denn der Redner verlangte, daß vom Jahre 1912 ab ein Panzer-Kreuzer jährlich mehr auf Stapel gelegt werden müsse, als im Flottengesetz vorgesehen ist. Er begründet dieses Verlangen mit unseren geistigen Auslandsinteressen, die eine kräftige Vertretung der deutschen Flagge im Auslande bedingen.

Ein Panzer-Kreuzer pro Jahr mehr, so würden das bis zum Jahre 1917 fünf Schiffe über das Flottengesetz hinaus sein, also eine Mehrausgabe von mindestens 100 Millionen Mark bedeuten. Offenbar hat sich Herr von Röster nur deshalb eine gewisse Reserve auferlegt, weil die Reichstagswahlen vor der Türe stehen und der Flottenverein natürlich nicht dazu beitragen will, die ohnehin schwierige Situation der Regierung noch schwieriger zu gestalten. Mit seinen eigentlichen Plänen wird der Flottenverein dann herausrücken, wenn die Reichstagswahlen vorüber sind.

Bei der Landtagsersatzwahl

in Leipzig wurden abgegeben für Joseph (M.) 14.452, für Hammes (S.) 7780 Stimmen. Joseph ist somit gewählt.

Das Schiffahrtsabgabengesetz

soll dem Reichstag Mitte November zugehen. In einer Korrespondenz wird gesagt, die Regierung lege Wert darauf, daß die erste Lesung des Gesetzes noch vor der Staatsberatung beendet werde, damit die Vorlage bald an die Kommission gehen kann. Vor Weihnachten soll im Reichstag dann noch das Arbeitskammergesetz und die Novelle zum Strafgesetzbuch erledigt werden.

„Staatswohl“ und Abgeordneten-Immunität.

Diese beiden Fragen führen in der Montagsitzung der Justizkommission zu lebhaften Diskussionen.

Der Regierungsentwurf zur St. P. O. hält die Bestimmung aufrecht, daß ein Beamter nur dann über amtliche Dinge aussagen darf, wenn die vorgelegte Behörde dazu ihre Zustimmung gibt. Unsere Genossen beantragen, in erster Linie diese Ausnahmebestimmung zu streichen, event. jedoch in dem § 46 ausdrücklich zu legen, daß nur dann die Aussage verweigert werden darf, wenn durch die Aussage die Wehrkraft des Reiches, die guten Beziehungen des Reiches zum Auslande oder die der Bundesstaaten untereinander gestört oder geschädigt werden können. Doch sollte auch in diesen Fällen die Entscheidung darüber, ob die Aussage zu verweigern ist, nicht der vorgetragenen Behörde, sondern dem Gericht überlassen sein.

Ein Zentrumsantrag dagegen beschränkt sich darauf, daß über die Arbeitsverhältnisse in einem Staats- oder Reichsbetrieb die Aussage nicht verweigert werden darf. Die Regierung, die gegen die Anträge einen besonders großen Stab von Spezialkommissionen angeboten hatte, erklärte die Annahme dieser Anträge im Interesse der Sicherheit des Reiches und der Wohlhaben der Bundesstaaten“ für unannehmbar. Schließlich wurden die Anträge nebst dem § 46 zu dem sie gestellt worden waren, einer Unterkommission zur weiteren Beratung übertragen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich hier die bilgerische „Opposition“ mit der Regierung wieder zusammenfinden.

Aber völlig unzutreffend erwies sich die Mehrheit der Kommission gegen einen konservativen Antrag, nach dem

der in der ersten Lesung neu geschaffene § 47a wieder gestrichen werden sollte. Dieser Paragraph gibt dem Mitgliede einer gegebenden Körperschaft das Recht, über alle ihm in seiner Eigenschaft als Abgeordneter gemachten Mitteilungen die Auslage verweigern zu können. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes erklärte, daß dieser Paragraph ganz unannehmbar für die verbündeten Regierungen ist, und daß, wenn er aufrecht erhalten bleibt, das ganze Gesetz für die Regierungen unannehmbar sein würde.

Trotz dieser Erklärung blieb die Kommission mit allen gegen die Stimmen der Konservativen und des Antisemiten bei dem Beschluß der ersten Lesung stehen. — Bis zur zweiten und dritten Beratung im Plenum liegt jedoch noch viel Zeit und bietet sich viel Gelegenheit zu "Verständigungen".

In der Dienstagssitzung erledigte die Kommission die §§ 88–86. Aus den Beratungen und Beschlüssen ist hervorzuheben, daß der Antrag unserer Genossen, bei § 62 die nicht religiöse Eidesformel einzuführen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen wieder abgelehnt wurde. — Beim § 80, der dem Gericht das Recht gibt, einen Beschuldigten einer öffentlichen Irrenanstalt zu überweisen, kam es zu einer längeren Debatte, in der der Fall des Professors Lehmann-Hohenberg mehrmals gestreift wurde. Unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge wurde beim § 80 hinzugelegt, daß in Übertretungsfällen Überweisungen an eine Irrenanstalt nicht erfolgen dürfen. Im übrigen gibt die neue Strafprozeßordnung dem Beschuldigten das Recht, gegen seine zwangsweise Einlieferung in eine Irrenanstalt weitere Beschwerde einzulegen.

Die Konservativen auf dem Großerungszug.

Zum ersten Male tagte am Sonntag in Duisburg ein konservativer Parteitag für das Rheinland, der außallend stark besucht war. Die Tätigkeit der konservativen Emigranten ist sonach im Rheinland keineswegs erfolglos gewesen. Als Vertreter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie nahm der General v. Liebert an der Tagung teil und hielt dort eine seiner bekannten Scharwacherreden. Der Reichsverband muß offenbar den General selbst auf Reisen schicken, um Mittel locker zu machen, die dem Verband durch die Gründung des Hansabundes entzogen worden sind. In einer Resolution versprachen die Teilnehmer an dem Parteitag, daß sie mit aller Schärfe gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie ankämpfen werden.

Kardinal Kopp退居。

Auf einer Tagung des katholischen Frauenbundes in Düsseldorf hat der Kölner Kardinal Fischer in bezug auf den Koppischen Brief gegen den verachteten Weisen erklärt: er sei autorisiert, es anzusprechen, daß der hohe Verfasser des in Rede stehenden Briefes die darin eingeschlossenen scharfen Ausdrücke bedauere und daß er durchaus nicht die Absichten gehabt habe, die man ihm unterstelle. — Ubrigens sollen die beiden feindlichen Kardinäle demnächst eine Zusammenkunft haben, in der wohl nach einer Form gefügt werden soll, die den Risiko einigermaßen verkleistert, denn dem Zentrum ist der Streit gerade im jetzigen Augenblick, wo es alles aufzubieten hat, den Finanzreform-Zorn der Wähler abzuwehren, sehr fatal.

Eine politische Maßregelung in Baden.

Eine Verlegung, die ganz allgemein als politische Maßregelung gedeutet wird und daher das größte Aufsehen erregt, gibt die "Karlsruher Ztg." amtlich bekannt. — Der Oberamtmann Arnsperger wandte sich kürzlich in einer nichtöffentlichen Mitglieder-Versammlung des nationalliberalen Vereins anlässlich der Berichterstattung über den Kasseler Parteitag entschieden gegen ein Zusammensehen mit Junkern und Klerikalen. Seine Rede war eine Erwidlung auf zwei jungliberale Redner, die die Eventualität eines neuen Bülowblocks, insbesondere die spätere Möglichkeit einer Wiederannäherung zwischen Konservativen und Nationalliberalen empfehlend erörtert hatten.

Oberamtmann Arnsperger ist nun von Karlsruhe nach Staufsen bei Freiburg als Amtsvorstand versetzt worden, unter Rückgängigmachung der Verleihung eines anderen Beamten, der bereits für die Stelle bestimmt war. Diese Verlegung ist eine ganz unverkennbare Verschlechterung, zwar nicht dem Rang, aber dem ganzen Dienstbereich nach.

Die "Karlsruher Ztg." untersucht auch in ihrem nichtamtlichen Teil in erster Linie der Einwirkung des Ministers des Innern, gegenwärtig also des viel genannten Freiherrn v. Bodmann. Es ist aufgesessen, daß die "Karlsruher Ztg." gerade in letzter Zeit jede Gelegenheit benutzt zur Kappezung der Sammlung bürgerlicher Parteien gegen die Sozialdemokratie.

Die Freibereien des Zentrums in Bayern.

Das bayerische Zentrum, das sich in den letzten Wochen bemüht hat, einen heftigen Entrüstungsfurm gegen den Verkehrsminister zu entfachen, hat nun auch zwei anderen Ministern den Fehdehandschuh hingeworfen. Die parteioppositionäre Zentrums-Parlaments-Korrespondenz in München verbreitet einen Artikel, in dem die Staatsregierung ermahnt wird, den Ernst der Lage nicht zu verkennen:

Der Minister des Innern hat eine verfehlte Einstellung zur Sozialdemokratie eingenommen, indem er durch Erlass bestimmt, daß Sozialdemokraten nicht grundsätzlich von Gemeindeämtern ausgeschlossen seien, daß man vielmehr die Eignung des einzelnen Menschen solle; jetzt wird jeder einzelne sozialdemokratische Bürgermeister und Amtsrat für geeignet befunden und bestätigt. Der Ministerpräsident hat eine falsche Verbesserung vor den angeblichen sozialpolitischen Verdiensten der Sozialdemokratie gemacht. Der Verkehrsminister zeigt trotz der Landtagsresolution gegen den Eisenbahnerstreik und seiner eigenen Gegnerschaft gegen einen solchen eine geradezu auffällige Niedergabe gegenüber der Sozialdemokratie.

Mit diesem Gehässen gegenüber der Sozialdemokratie, der Todesfeindin der Monarchie, mag ein für alle mal gründlich gebrochen werden. Die Krone mag es zur Leidensfähigkeit eines jeden ihrer Staatsminister wagen, daß die Staatsregierung eine starke Frontstellung gegen die Sozialdemokratie einnimmt. Zug die Krone diese Maßnahme hat, steht über allen Zweifel fest."

Am Schluß des Artikels wird endlich ründ und nett gesagt, was man von der Regierung zu nächst verlangt:

Der Kampf geht nicht gegen Personen, die Gegner täuschen sich und andere, wenn sie von Ministerpräsident reden. Es ist ein Kampf gegen das System, welches staatsgefährlich wird, wenn die bisherige Nachsicht, Freundlichkeit in Wort und Tat, welche zu beobachtet ist, von der Staatsregierung nicht radikal ausgegeben wird. Die Staatsregierung wäre durch und durch falsch beraten, wenn sie die leiseste Hoffnung hätte, daß dieser Kampf, der mit dem Verbot des sozialdemokratischen Süddeutschen Eisenbahnerverbands endigen muß, nicht bis zu den letzten parlamentarischen Konsequenzen, welche die Verfassung erlaubt, durchgeführt würde.

Die heftigen Bedenken wegen der Streikgefahr sind natürlich nur vorgeschiligt. Wenn das Zentrum eine völlige Unterdrückung des Süddeutschen Eisenbahnerverbands verlangt, so deshalb, weil es fürchtet, auf andere Weise die Mitgliederflucht bei seinen Wahlgruppen, den christlichen Bedienstetenverbänden, nicht mehr aufrecht erhalten zu können. Man verlangt also — es ist nötig, das einmal recht deutlich festzustellen — ein gewerkliches Ausnahmegesetz.

Wie man erfährt, sehen jedoch verschiedene führende Personen im Zentrum den bevorstehenden Feldzug mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Sie sehen ganz richtig ein, daß durch alle derartigen Manöver die Massen des arbeitenden Volkes über eine brutale Talsache nicht hinwegtäuschen sind: über die ungehönerliche Verteuerung aller Lebensbedürfnisse. Und wenn man diese zu verdanken hat, darüber besteht ja auch kein Zweifel.

In einem Kreis ultramontaner Vertraulenzente in München ist das vor kurzem ganz offen ausgesprochen worden.

Schweiz.

Volksabstimmung. Bei der Volksabstimmung über das Initiativbegehr, das die Einführung der Proportionalwahl zum Nationalrat fordert, wurden für den Proporz 238 928 Stimmen, dagegen 262 066 Stimmen abgegeben. Es fehlten also bloß circa 24 000 Stimmen, und der Proporz wäre angenommen gewesen. Diese große Minorität bedeutet auch für optimistische Erwartungen eine angenehme Überraschung; beweist sie doch, daß dem Proporz die Zukunft gehört. Die freisinnige Presse ist über das Resultat auch ganz verzweifelt, während die Anhänger des Propoz, vor allem die Sozialdemokraten, daraus die Konsequenzen ziehen werden, die Agitation für das gerechte Wahlrecht mit noch größerer Energie und Intensität fortzusetzen. — Der Sonntag brachte übrigens auch unseren Zürcher Genossen einen schönen Erfolg, indem Genosse Psarrer Pflüger mit 15 444 gegen 13 837 Stimmen zum Stadtrat gewählt wurde.

Frankreich.

Der Eisenbahnerstreik vor der Kammer. Wolfs Telegraphenbureau berichtet: Die neue Session der Kammer wurde gestern nachmittag eröffnet. In der Kammer hatten sich zahlreiche Personen eingefunden, um die Interpellationen über den Eisenbahneraufstand mitzuhören. Vor Beginn der Sitzung stießen die Sozialisten Pfeile gegen den Polizeipräfekten Lepine aus, welcher sich in der Nähe der Eingangstüren aufhielt. Die anderen Deputierten protestierten hiergegen. Es entwickelte sich ein unbeschreiblicher tumult. Da die Sozialisten immer lautere Rufe ausschrieen, sah sich Präsident Briçon veranlaßt, die Sitzung zu suspendieren. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurden auf Verlangen Briands alle Interpellationen über den Eisenbahneraufstand vereinigt und die sofortige Besprechung beschlossen. Cuny (Soz. Rad.) erklärte, die Forderungen der Eisenbahnerbediensteten für berechtigt, bestritt aber das Recht derselben auf den Ausstand. Collin (Soz.) tadelte Briand in heftigen Worten, der eine hassenwerte verächtliche Rolle gespielt habe, indem er die Führer der Eisenbahnerbediensteten habe verhaften lassen, nachdem er früher selbst den Generalstreik gepredigt und probiert habe, ob die öffentliche Meinung zulasse, daß man Soldaten gegen die Arbeiter führe. Dies ist, sagte Collin, sich an Briand wendend, eine Schusterie von Ihrer Seite. Beifall auf der äußersten Linken, Proteste auf den anderen Bänken, Briçon ermahnte den Redner, sich einer maßvoller Sprache zu bedienen. Briand zuckt die Schultern. Schließlich wandte sich Collin dagegen, daß das Militär zum Vorteil der Eisenbahngesellschaften Verwendung finde und erklärte, es sei die Regierung und nicht die Sozialisten, die den Klassenkampf schüre. Ministerpräsident Briand betrat hierauf die Rednertribüne und sprach aus: Er lehne es ab, auf die persönlichen Angriffe zu antworten. Der Ausstand sei keine gewerbliche Bewegung gewesen, die Regierung habe sich einem Versuch gegenüber befunden, das Land zugrunde zu richten, dem die Arbeiter lediglich als Werkzeuge gedient hätten. Von den Sozialisten mehrfach unterbrochen, führte Briand aus, die Regierung habe den Beweis für das Vorhandensein einer anarchistischen Bewegung gehabt und habe Maßnahmen zur nationalen Sicherheit ergreifen müssen. Er befürzte materielle Beweise und Geständnisse, die von denen unterzeichnet sind, die die Bewegung vorbereitet haben. Gegenüber der versöhnlichen Haltung der Regierung, die für Verhandlungen zwischen den Eisenbahnerbediensteten und den Eisenbahngesellschaften sich verständet habe, sei die Erklärung des Ausstands nicht zu dulden gewesen. (Beifall im Zentrum und in der Linken.) Der Ministerpräsident führte zahlreiche Fälle von Sabotage an unter wiederholten Protesten der Sozialisten, die einen Augenblick seine Stimme überwältigten. Briand machte eine Pause, als wolle er von der Tribüne herabsteigen, fuhr dann aber fort und erklärte, er befürte sich gegenüber einer systematischen Organisation der Sabotage, einer Kampfesorganisation, deren Füden die Regierung in der Hand zu haben hoffe. Der Ministerpräsident verlas sodann ein zur Zeit des Polizeistreiks an Beaute verfasstes Jirkular, das genau Anweisungen für die Zerstörungen von Telegraphenröhren gibt. (Generale Unterbrechungen von den Bänken der Sozialisten), und fügte hinzu, die Organisatoren des Eisenbahnauslands hörten ein ähnliches Schreiben unterzeichnet. (Rufe der Sozialisten: Welche Organi-

sation?) Ministerpräsident Briand: Das werden Sie bald erfahren, vielleicht früher, als Ihnen lieb ist. Des weiteren bemerkte Briand unter andauerndem Lärm der Sozialisten, trotz ihrer Beklemmung und angesichts der Gefahr, in der sich das Land befand, habe die Regierung nur gesetzliche Mittel angewandt. Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärte Briand, daß die Freiheit, die die Sozialisten verteidigten, nichts sei als eine höhle Flage von Zwietracht und anarchistischer Freibeuterei. (Beifall bei den Republikanern und im Zentrum.) Die Freiheit der Syndikate bestehne nicht in Gewalttätigkeiten gegen die Arbeiter. Die politische Freiheit bestehne nicht in einer Haltung, wie sie die äußerste Linke gegenwärtig einnehme. (Lärm auf der äußersten Linken.) Er sei auf der Seite der Freiheit gewesen, während die Sozialisten, wie das Land gesehen habe, für Sklaverei und Terrorismus eintraten. (Beifall im gesamten Hause, außer auf der äußersten Linken.) Unter ernsten Umständen, fuhr Briand fort, die das Land fast einem Bürgerkrieg ausgesetzt, müßte eine Regierung, die dieses Namens würdig ist, das tun, was wir getan haben. Die Regierung hat untersucht, welche Mittel das Land vor ähnlichen Attentaten schützen könnten, ohne der Freiheit der Syndikate näherzutreten. Sie werden erklären, ob sie Vertrauen zu diesem Vorgehen der Regierung haben. (Beifall auf fast allen Bänken, außer der äußersten Linken.) Der Ministerpräsident wurde, als er die Tribune verließ, von seinen Freunden herzlich beglückwünscht. — Die Weiterberatung der Interpellationen wurde auf nächsten Dienstag verlegt und die Sitzung geschlossen.

Portugal.

Eine englische Militär-Intervention? Das republikanische Organ "Capital" glaubt versichern zu können, die republikanische Regierung besitze Beweise, daß die Königin Amelia darauf hingearbeitet habe, England im Falle einer republikanischen Unternehmung gegen die Monarchie zu einer Militärintervention zu veranlassen.

Rußland.

Gin Mörder begnadigt! Der fröhliche Polizeimeistergehilfe von Sankt Petersburg, Golowko, der wegen Ermordung dreier politischer Gefangener vom Gericht zum Tode verurteilt wurde, ist vom Hauptkommandierenden der Truppen zu zwei Jahren Festungshaft begnadigt worden. Einen anderen Ausgang haben wir auch gar nicht erwartet.

Griechenland.

Das Parlament ist aufgelöst worden. Die Wahlen für die neue Kammer sind auf den 28. November, die Eröffnung der Session auf den 8. Januar des nächsten Jahres festgesetzt.

England.

Keir Hardie gegen die Kriegshasser. Der Sozialistführer Keir Hardie hielt in Bristol eine Ansprache, in der er sich lebhaft gegen jene Engländer wandte, die während eines Kriegs zwischen England und Deutschland an die Wand malten. Er erklärte, es sei notwendig, um diese Leute zur Besinnung zu bringen, mitzutun, daß die englischen Arbeiter ihre deutschen Kameraden zu einer Konferenz eingeladen haben, um den Beifall zu fassen, im Falle einer Kriegserklärung den Generalstab feindlich zu proklamieren. Dies sei das einzige Mittel, um einen Krieg zwischen beiden Nationen zu verhindern. Das Volk darf nicht vergessen, daß es die Mittel selbst in der Hand habe, einen bewaffneten Zusammenstoß zwischen England und Deutschland zu verhindern.

Die Lübecker Straßenbahn und die Bürgerschaft.

sg. Am Montag hatte sich bekanntlich die Lübecker Bürgerschaft mit der sogen. großen Straßenbahnvorlage zu beschäftigen, der man allgemein mit lebhaftem Interesse entgegengestellt. Mußte man doch annehmen, daß nunmehr auf dem Gebiete des Straßenbahnmuseums eine großzügige, von jeder Kleinlichkeit sich fernhaltende Politik eingeschlagen werden sollte, eine Politik, die sich in der Hauptfache leiten läßt von den Bedürfnissen des Verkehrs. Nichts von alledem ist eingetreten! Bei der Vorlage, die nach längerer Beratung im Bürgerausschuß resp. in einer Kommission, in der Bürgerschaft zur Beratung stand, hat man sich in der Hauptfache leiten lassen von finanziellen Erwägungen. Und so ist denn eine Vorlage zustande gekommen, die in der Tat auf Großzügigkeit keinen Anspruch erheben kann, die vielmehr nur als ein Flickwerk bezeichnet werden muß.

Flickwerk und nichts anderes ist es zum Beispiel, wenn man die neue Bahlinie durch die Moislinger Allee nur bis zum inneren Wegebezirk führt und es vorläufig ablehnt, den doch so dringend notwendigen Ausbau nach Moisling vorzunehmen; wenn man weiter die jetzt selbst vom Senat als notwendig anerkannte Weiterführung der Bahn durch die Hansastrasse nach dem Löperweg nicht sofort mit ausführen läßt, sondern auf eine spätere Zeit verschiebt. Hier hätte man doch zum mindesten gleichzeitig Arbeit leisten sollen, unbekümmert darum, ob nun die von mehreren Moislinger Einwohnern angebotene Garantiesumme vorhanden ist oder nicht. Eine vorwärtschauende Stadtverwaltung sollte sich überhaupt niemals auf den Standpunkt stellen, daß sie ihre Entschließungen abhängig macht von dem Vorhandensein von Garantien wie es z. B. auch beim Bau des Krematoriums der Fall war. Ist eine Sache notwendig, dann soll sie ausgeführt werden, unbekümmert darum, ob sie sich sofort reizt oder nicht. Das über der Ausbau der Bahn nach Moisling eine zwingende Notwendigkeit ist, kann wohl kaum bestritten werden. Handelt es sich doch hier um einen Ort, der in allerengster Verbindung mit Lübeck steht, in dem eine große Anzahl Arbeiter wohnen, die in Lübeck ihr Brod suchen müssen und die nebst den Geschäftsläden ein Anrecht auf eine bessere Verbindung mit Lübeck haben.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 251.

Mittwoch, den 26. Oktober 1910.

17. Jahrg.

Die Lehren eines Eisenbahnerstreiks.

In dem Maifest, das die Gründe des Beschlusses zur Wiederaufnahme der Arbeit enthält, schreibt das Streikkomitee der französischen Eisenbahner:

„... Das Komitee hat die bedingungslose Wiederaufnahme verlogenen Verhandlungen vorgezogen, die ohne Demütigungen nicht gepflogen werden konnten. ... Euer Streikkomitee hat eine Wiederaufnahme in guter Ordnung gewollt, damit die Organisation ihre Lebendigkeit und ihre Disziplin beweise. In einem letzten Kommunique hat sich die Regierung mittels der Polizei in den Dienst der Kompanien gestellt, um die angedrohten Entlassungen der tätigen Genossen endgültig zu sichern. Ohne weiter zu warten, mag, da der Streik nicht siegreich sein kann, wenigstens das Streikkomitee allein die Verantwortung tragen, wenn es der Regierung beliebt, danach zu suchen. Unter einer freiheitlichen Regierung, unter einer Regierung, die den Wahnwitz der auf die Arbeiterschaft gehäussten willkürlichen Gewaltakte verstanden hätte, würde unser Streik — ein beruflicher Streik wie er war — die Kompanien zum Nachgeben gezwungen haben. Aber die Regierung hat alles getan, um sich auf das Niveau des brutalen Unternehmertums zu erniedrigen. Drohungen, Entlassungen, Verhaftungen, Ungezüglichkeiten, willkürliche Mobilisierungs- oder Militarisierungsdekrete, Vergewaltigung aller gewerkschaftlichen und persönlichen Rechte, Herr Briand hat alles angewendet. Wir haben ihn gesehen, unterstützt und getrieben durch eine Presse, die auf seine Gunst lauert, in Solde aller Geldmächte, zu allen Lügen bereit, um unsere Bewegung zu diskreditieren, im voraus alle niedrigen Polizeiabzeichen aufzuhören, alle Zwischenfälle vergleichend, um die öffentliche Meinung zu verwirren. Und der Ekel ist uns aufgestiegen als wir, uns der niedrigen Schmeicheleien gewisser Wahlkampagnen erinnernd, die meisten Parlamentarier, die der Gruppe zur Verteidigung der Eisenbahner angehören, denselben unter ihnen, die zu unseren Gunsten einzugreifen suchten, den skandalösesten passiven Widerstand, die zynischste Gethaltung entgegenstellten sahen. Der Heroismus unserer Kameraden, der sich ohne zu rechnen ausgab, das im voraus gebrachte Opfer ihrer Freiheit konnte nicht genügen, um den Sieg zu sichern. Wir haben nichtsdestoweniger das Bewußtsein und den Stolz, unsere Kraft demonstriert, die Möglichkeit einer großen Bewegung der Eisenbahner bewiesen zu haben. Wir wissen, daß wir selbst bei denen, die nicht ihren Teil der Verantwortung genommen haben und an der Arbeit gebissen sind, das Gefühl der Pflicht, die erfüllt hätte werden müssen, erweckt haben. Die Zukunft wird die Folgen unserer Aktion entwickeln.“

Das sind die Gründe die das Streikkomitee veröffentlicht. Wir sind der Meinung, daß das nur die äußersten Ursachen des Scheiterns des Eisenbahnerstreiks sind. Dazu sind noch andere zu rechnen. Eine Niederlage wird nicht allein durch die Stärke des Gegners, nicht durch die Koalition aller vermutlich neutralen Mächte, nicht durch das Versagen scheinbar oder wirklich befriedeter Mächte herbeigeführt, sondern zunächst durch die eigene Schwäche, durch das Außerachtlassen der Konsequenzen des Kampfes.

Gewiß ist den Eisenbahnen in Frankreich das Koalitionsrecht in vollem Umfang zugestanden. Noch vor Jahresfrist ist es im Senat vom französischen Eisenbahnminister anerkannt worden. Die Eisenbahner Frankreichs haben häufig von ihrem Streikrecht Gebrauch gemacht, ohne daß gegen sie andere Maßnahmen ergriffen worden

sind, wie das bei Streiken von Industriearbeitern der Fall zu sein pflegt. Aber es hat sich dabei stets nur um partielle Streike gehandelt, oder wenn, wie 1891 und 1898, ein allgemeiner Streik proklamiert wurde, so blieb er doch nur partiell und die Schwäche der Organisation ließ von vornherein eine große Ausdehnung des Streikes nicht befürchten.

Ganz anders diesmal. Gerade die wichtigste Kategorie des Eisenbahnpersonals, die Lokomotivführer und Heizer, die bisher allen Streikbewegungen ferngeblieben waren, waren prozentual am stärksten am Streik beteiligt. Der Streik bekam dadurch eine ganz andere Bedeutung.

Die kapitalistische Produktion hat die zünftlerische Warenherstellung für den Ort und allenfalls für die Provinz zu einer Weltproduktion entwickelt. Sie erzeugt aber nicht nur für den ganzen Erdball, sie bezieht nicht nur die Rohmaterialien zur industriellen Produktion aus allen Erdteilen, sie holt auch die täglichen Lebensmittel aus den entlegensten Gegenden der Erde. Der Transport wird heute zum übergrößen Teile mittels der Eisenbahnen besorgt. Ein Stillstand der Eisenbahnen bedeutet also eine Unterbindung der Pulseader des modernen Staates. Ein Eisenbahnerstreik, wenn er allgemein ist oder allgemein zu werden droht, muß fatalerweise, mag er auch an sich nur rein berufliche Interesse zur Ursache haben, zu einem Kampf auf Leben und Tod zwischen der Staatsmacht und den Streikenden auswachsen.

Gewiß, die französischen Eisenbahner hätten trotz der Unvollkommenheiten ihrer Organisation gesiegt, wenn es einer Regierung in der kapitalistischen Gesellschaft möglich wäre, neutral zu bleiben, möglich wäre, nicht mit allen Mitteln gegen die Arbeiter aufzutreten, wenn diese die Existenz des kapitalistischen Staates selbst in Frage stellen. Diese Möglichkeit ist aber erst dann gegeben, wenn die Regierung weiß, daß sie nicht stark genug ist, um die Arbeiterorganisation niederzuknüpfen. Dass die französischen Eisenbahner unterlegen sind, daran ist schließlich nur schuld, daß sie noch die schwächeren, weil schlechter Organisierten sind.

Der Streik hat uns aber noch etwas andres gelehrt, und hier trifft das Manifest des Streikkomitees das Rechte: er hat die Möglichkeit eines allgemeinen Eisenbahnerstreiks bewiesen. Gerade die ungeheuerlichen Mittel, welche die Regierung anwenden mußte, um den Streik niederzuschlagen, die Aufsichtung der legten und stärksten Mittel der Staatsgewalt, die Niedertrampelung selbst der zum Schutz der kapitalistischen Gesellschaft geschaffenen Gesetze, die Etablierung eines Neuaabsolutismus — das alles deckt deutlich auf, daß die Eisenbahner, wenn sie jetzt auch noch die schwächeren waren, durch die Verweigerung ihrer Arbeitskraft allein eine Riesennacht geworden sind.

Und auch das französische Eisenbahnerpersonal ist siebenmal gesiegt, auch die französischen Eisenbahner werden in einer fast militärischen Disziplin gehalten. Die französische Presse aller bürgerlichen Schätzungen mag jetzt ruhig triumphieren. Sie mag glauben, daß jetzt die Zeit gekommen sei, die Organisation der Eisenbahner zu vernichten, die gesamte Arbeiterbewegung zu knebeln. Ein Soldatschreiber der Regierung, Herr Beranger, ein „Sozialradikaler“, schreibt in der „Action“:

„Ein Gesetz, das die Aufreizung zur Sabotage als Verbrechen qualifiziert, ein anderes Gesetz, das die Pflichten öffentlicher oder konzessionierter Dienste regelt, das ist

es, was das republikanische Land von der Regierung und den Kammern erwartet. Diese zwei Gesetze müssen fristlos eingebrochen, vollzett, in Kraft gesetzt werden.“

Wir übergehen die hysterischen Wutkrämpfe des „Temps“ und anderer reaktionärer Blätter. Das Geheim ist aber nicht ein Zeichen der Kraft, sondern ist nur die Reaktion nach einer glücklich überstandenen Todesangst. Aber angenommen, es gelänge, den Eisenbahnen das Koalitionsrecht zu nehmen — wie man es ihnen z. B. in Preußen vorenthalten —, was wäre damit gewonnen? Gar nichts. Auch die französischen Postbeamten haben kein Streikrecht, was sie aber nicht gehindert hat, zu streiken. Und trotzdem der zweite Poststreik scheiterete, hat weder die Regierung noch irgendein vernünftiger Mensch daran gedacht, gegen die unterlegenen Postler die drakonische Gesetzesgebung anzuwenden oder noch zu verschärfen. Es kann gar nicht daran gedacht werden, Behnauende, die zur Aufrechterhaltung des sozialen Lebens unerlässlich sind, als Verbrecher zu behandeln, besonders wenn sie weiter nichts getan haben, als das Beispiel reicher Richter einige Tage nachzuhören. Und deshalb sind alle Gesetze, so drakonisch sie sein mögen, im Ernstfall nur gehaltlose und machlose Vogelscheuchen.

Das ist so wahr, daß die französische Regierung ihre eigenen Militarisierungsdekrete, die sie gegen den Eisenbahnerstreik erlassen hat, gar nicht anwendet, daß nicht die Militärverwaltung, sondern die Eisenbahngesellschaften die in Soldaten verwandelten Eisenbahner drängen, daß die Regierung gar nicht daran denken kann, die Eisenbahner, die der Einberufungsordnung nicht Folge geleistet haben, zu bestrafen. Statt ins Gefängnis zu wandern, müssen die Eisenbahner nach wie vor Dienst tun. Die Anwendung der zur Niederschlagung des Streikes angedrohten Mittel würde gerade die Stilllegung des Eisenbahnbetriebes zur Folge haben. Die Militarisierung der Eisenbahner hat gerade das Gegen teil von dem gezeigt, was sie ins Werk setzen sollte: Sie hat nicht die Ultimatum, sondern die engen Grenzen des Militarismus bloßgelegt. Und diese Lehre des französischen Eisenbahnerstreiks ist nicht gering anzuschlagen.

Aus der Partei.

Bezirksparteitag. Der Sozialdemokratische Bezirksvorstand Magdeburg hielt am Sonntag, dem 23. Oktober, in Magdeburg-Hermesleben seinen fünften Bezirkstag ab. Der Bericht des Bezirksparteisekretärs, Geßwossen, beweist, konnte eine erfreuliche Entwicklung der Organisationen des Bezirks konstatieren. Die Mitgliederzahl stieg vom 1. Juli 1909 bis zum 1. Juli 1910 von 13 482 auf 18 947; das bedeutet eine Zunahme von 40,5 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder wuchs von 1799 auf 2666. Innerhalb der letzten vier Jahre war eine Gesamtzunahme von 10 613 Mitgliedern zu verzeichnen. Auch die finanziellen Verhältnisse haben sich außerordentlich günstig entwickelt; was neben der Mitgliederzunahme vornehmlich mit auf die vor zwei Jahren beschlossene Einführung des 10-Pfennigs-Wochenbeitrages zurückzuführen ist. Die Zunahme betrug im Berichtsjahr 88 623,22 Mr. und ist damit gegenüber dem Jahre 1907/8 um mehr als das Doppelte gestiegen. Die Stadtverordneten- und Gemeindevertreterwahlen brachten der Partei eine nennenswerte Stimmenzunahme. Es sind in vier Städten 16 Stadtverordnete und in 86 Landgemeinden 46 Gemeindevertreter unserer Partei tätig. In zahlreichen Versammlungen und durch nahezu 1 Million Flugschriften wurde die Agitation gefördert, wofern auch das monatliche Landarbeiterblatt, die „Landpost“, wesentlich beitrug. Der Bezirkss-Malzofonds hatte am 1. Juli d. J. einen Bestand von 3964,09 Mr. Ausführlich werden in dem gedruckt vor-

Regine.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyer.

10. Fortsetzung.

Dies war aber der letzte Freuden- und Ehrentag des Weibes. Ihre Stunde kam. Unter heftigen Schmerzen und Möten brachte sie ein totes Kind zur Welt, und zwei Tage darauf war sie eine Leiche.

Der Mann hatte bei den Leidern des Weibes alles verloren, was er gegen sie zu klagen gehabt; er war ihr aufs Seelenmündste bestanden, und seine Frau über das unerwartete Schicksal der Mutter war ernst und aufrichtig. Daß er aber nach Verlust einer gewissen Zeit innerlich gefaßt und getrostet war und mit neuem Mut ins Leben blickte, wird man ihm nicht verargen.

Das Hinscheiden und die Beerdigung der Meierin war in eben die Woche gefallen, welche die alte Gröningerin zu Augsburg verbracht. Auf dem Heimweg hatte diese sich nicht enthalten können, ihrem Knecht, dem nach Augsburg fahrenden Nachbar, die Aussicht ihrer Tochter mitzuteilen, eine der ersten Wirtinnen der Stadt zu werden. Und nicht lange, so ging im Dorf die Rede herum: die Regine mache in Augsburg ein Glück, wie es noch keine im Dorf gemacht habe; sie heirate einen Bräuer, der mehr als fünfzigtausend Gulden Vermögen besitze und der einzige und allein um ihrer Schönheit und ihrer Gechlichkeit willen nehme. Als der Meier dies hörte, ward er betroffen und nickte bedeutam, als wollte er sagen: „Da!“ — Dem Bringer der Nachricht erwiderte er: „Sie verdient's!“

Drei Wochen vergingen, da flüsterte man sich eine andere Neuigkeit zu. Die Schwester des Meiers habe schon wieder eine für ihn — eine so reiche und vornehme, wie die erste gewesen: die Müllerstochter von ***. Sobald sich's schwie, werde die Hochzeit sein. — Die alte Gröningerin verriet nach dem Ankören dieser Mitteilung ihre Gedanken, indem sie sagte: „Nun müssen wir doch bei dem Augsburger bleiben.“

An dem Gerücht über die Neue für den Meier war so viel wahr, daß die Schwester, der des väterlichen Hauses Glanz über alles ging, sich die Müllerstochter als künftige Meierin aussehen und gegen den Bruder sich erhoben hatte, einstweilen bei ihr auf den Plan hinzubuten. Der Bruder

hatte ihr erwidert, er könne jetzt noch nicht ans Heiraten denken. Aber sie hatte doch getan, was sie nicht lassen konnte, und von den Müllersleuten eine Antwort erhalten, die ihr die beste Hoffnung gab.

Da der Meier, in erster, fast trüber Stimmung, in der Tat nicht ans Heiraten, auch nicht an vorläufiges geheimes Unterhandeln denken möchte, so war's gut für ihn, daß die Mutter diesmal nicht mit der Tochter Hand in Hand ging, sondern eine andere Kandidatin aufstellte, die sie für passender hielt — nochmals eine Wirtstochter. So lange die beiden sich entgegen waren, konnte der Verlobte ruhig sein und die Zumutung der einen wie der andern mit den Worten abweisen, sie möchten doch erst selber einig werden.

Nach Verlust noch einiger Wochen stand die Sache gleichwohl so, daß er sich zur Entscheidung gedrängt sah; allerdings nicht zur öffentlichen Verlobung, aber zu einem vorläufigen stillen Abschluß des selben. Die Mutter hatte eine Erklärung von den Eltern ihrer Wahl herausgebracht, und es ergab sich, daß die Wirtstochter fünfhundert Gulden weniger bekommen sollte als die Müllerstochter. Dies bewirkte, daß die beiden Frauen sich einigten und nun gemeinsam in den Meier drangen. Ein vorläufiger Bescheid war aber darum nötig, weil der Müllerstochter noch ein paar Burschen zu Gefallen gingen und einer davon, ein Müllerssohn, gefährlich schien. — Der Meier hat sich zwei Wochen Bedenkzeit aus.

Als diese sich ihrem Ende zunäherten, wußte er den Mahnungen der Mutter, sich zu entschließen, damit die am Sonntag wiederkkehrende Schwester erfahre, was sie zu tun habe, nichts mehr zu entgegnen. Er kannte das Mädchen, hatte weder gegen sie, die eine Mittelschönheit war, noch gegen ihre Eltern, die sehr im Ansehen standen, etwas einzuwenden, und am Freitag der zweiten Woche war er so ziemlich entschlossen, ja zu sagen und der Schwester die erste nähere Besprechung zu gestatten. Da ereignete sich etwas, das die ganze Sachlage mit einem Schlag veränderte: Regine kam zu ihrer Mutter zurück. Der Grund davon lag in Vorgängen, die wir ausführlich berichten müssen.

Das Mädchen hatte nach dem Abschied von ihrer Mutter im Bäckerhaus das bisherige ruhige Leben fortgeführt. Die Frau war es eine große Sorge gewesen, dem Stadtviertel beizubringen, daß er gegen Regine nichts von seiner Gesinnung merken lassen dürfe, bevor er mit dem Antrag förmlich

herausgehen könne. Sie führte ihm zu Gemüte, daß diese Regine eine gar eigene sei, seine Freundschaft falsch deuten und gegen ihn dann eher eine Abneigung fassen könnte; bei ihrem Kopf müßte sie den klaren Ernst sehen, dann würde sie sich geehrt fühlen und mit Freuden Ja sagen. Dem Freier war diese Bemerkung zuerst kurios vorgekommen. Er hatte sich vorgestellt, wenn er jetzt merken lasse, daß er das Mädchen gern habe, würde es ihr die größte Freude sein und sie würde sich vielmehr bestreben, ihm immer mehr zu gefallen, damit er sie baldmöglichst zu seiner Frau mache. Bäckerin wußte ihn jedoch zu überzeugen, daß bei dem Wesen des Kiefer Bauernmädchen, das sie kenne, die Zurückhaltung das bessere sei; und der Mann gewann es über sich, bei den Besuchen, die er noch mache, der Erwählten gegenüber die Würde eines väterlichen Freundes und Gönners beizubehalten. Es kam ihm schwer an, sich in dieser Art zu mäßigen; denn das Verlangen, die schöne Jungfrau sein zu nennen, wuchs mit jedem Tage, und sein Herz pochte nachdrücklich.

Eindlich nahte die Zeit heran, wo er glaubte, seinen Antrag stellen zu dürfen. Er teilte der Bäckin seinen Entschluß mit, und diese bat ihn, sie nur machen zu lassen und in acht Tagen bei ihr einzutreffen. Ungezäumt schrie sie der Gröningerin, ihr zeigte den Brief an Regine zu schicken mit ihrer Willensmeinung wegen der Heirat, und als dieser in ihren Händen war, glaubte sie alles in Händen zu haben und sagte triumphierend zu dem Bäcker: „Morgen haben wir eine Braut im Hause!“

Der Morgen kam. Eine Stunde vor der Zeit, wo sie den Witwer als Freiersmann erwartete, nahm die Bäckerin ihr Bäckchen in die Nebenstube. Hier machte sie ein feierliches Gesicht und begann: „Nun, Mädchen, jetzt ist doch eingetroffen, was ich dir immer gesagt habe und was du mir nicht geglaubt hast. Ein Augsburger, der eine der ersten Wirtschaften hat und zwanzigmal soviel Vermögen als du, will dich heiraten und wird kommen und um dich anhalten. Er hat sich in dich verlieben — und tut's nicht anders.“

Regine war tief betroffen und errötet; konnte sie doch nur annehmen, daß von einem jungen Mann die Worte und der Antrag also für sie jedenfalls eine große Freude wäre. Erregt versetzte sie: „Wie kann ich ohne daß ich vorher mit meiner Mutter gesprochen — Was deine Mutter denkt,“ fiel die Bäckin ein, „das kannst du hier lesen.“ Sie übergab ihr das Schreiben. (Fortsetzung folgt.)

Hier war es nach unserer Aussöhnung die Pflicht der Bürgerschaft, dem von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag auf Kommissionsberatung zuzustimmen, und diese Sachen in Gemeinschaft mit der Frage der Einführung des 5-Minuten-Betrabes auf der Marlbahn und der dadurch bedingten Entlastung der Hütstrafe durch Benutzung der Fleischhauer- oder Johannistrasse einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Hätte die Kommission dann pflichtgemäß schneid gearbeitet, so wäre es möglich gewesen, in verhältnismäßig kurzer Zeit die Angelegenheit wieder zur Beratung an die Bürgerschaft zu bringen. Mindestens wäre dann eine vollständigere Arbeit geleistet worden, als es gegenwärtig der Fall ist. Die Bürgerschaftsmehrheit aber wollte keine Kommissionsberatung; sie hat damit dokumentiert, daß sie sich in vielen Punkten leiten läßt von spießbürgertlichen Gesichtspunkten. Nur ja keine ganze Arbeit machen, das ist ihr Standpunkt.

Die Kommissionsberatung war aber noch aus einem anderen Grunde dringend notwendig. Bekanntlich konnte man bisher auf sämtlichen Strecken für 10 Pf. fahren. Jetzt ist diese schöne Zeit vorbei! Man hat eine "Reform" geschaffen, die der sog. Reichsfinanzreform versteckt ähnlich sieht. Hier wie dort hat man nach rückwärts reformiert, hat zum Teil Ver schlechterungen statt Verbesserungen geschaffen. Man mag einwenden, daß die Befestigung der verschiedenen Zahlensysteme und deren Erzeugung durch Schaffner schon einen so wesentlichen Fortschritt bedeutet, daß dadurch etwaige Verschlechterungen völlig aufgewogen werden. Dem aber ist die Tatsache gegenüber zu halten, daß die Befestigung der vier Zahlensysteme doch etwas so Selbstverständliches ist, daß man davon überhaupt gar nicht zu reden braucht. Und was nun die Anstellung von Schaffnern bei der Straßenbahn anbetrifft, so mußten auch diese kommen, wenn man überhaupt mit der Zeit forschreiten will. Die Schaffner mußten mit Rücksicht auf die Verkehrssicherheit und auf das fahrende Publikum kommen. Der leidige Zustand, daß der Straßenbahnschaffner neben seinem Amte auch noch Schaffnerdienste verrichtet, indem er Wechselgeld verabfolgt, kontrolliert, ob jeder Fahrgäst auch seinen Obolus entrichtet usw., mußte ausgehoben werden.

Mit Rücksicht auf den heute zur Verfügung stehenden beschränkten Raum müssen wir abbrechen. Wir werden morgen die Frage: Einheits- oder Zonentarif und die weiter mit der Straßenbahnvorlage in Verbindung stehenden Angelegenheiten erörtern.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 26. Oktober.

Der derzeitige Bürgermeister Lübecks, Herr Senator Dr. Eschenburg, gehört am heutigen Tage dem Senate 25 Jahre an.

Nicht auf den Boden spucken! Das Spucken auf die Erde ist nicht nur eine häßliche, unsaubere Angewohnheit, sondern vor allem eine gesundheitsschädliche Unsitte. Der Auswurf wird auf dem Erdoden breitgetreten und verschleppt, und auf diese Weise werden die im Auswurfe befindlichen Krankheitselemente nach allen Richtungen hin verbreitet. Der vertrocknete Auswurf wird durch den Wind vom Boden aufgehoben, jedem Menschen in das Gesicht getrieben und dabei natürlich eingeatmet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch unachtsame Behandlung des Auswurfs der Ausbreitung ansteckender Krankheiten Vorschub geleistet wird. Besonders aber für Kinder bildet das Ausspucken auf die Erde auch im Freien eine große Gefahr. Beobachtet man, wie sich die Kinder in den engen und sonnenlosen Straßen im Stadtinneren und in den Straßen der Vorstädte mit ihrer kinderreichen Bevölkerung herumtunnen, die Spielbälle achtlos durch den frisch entleerten Auswurf rollen lassen, die Reisen mit den Händen durch den Auswurf treiben und anderes mehr, und bedenkt man, daß die Kinder hierbei ihr Butterbrot verzehren, ohne sich vorher die Hände zu waschen, daß sich die Kinder mit diesen unsauberen Händen kraulen, in das Gesicht und oft auch in den Mund fahren, so wird man zu der Überzeugung kommen, daß das Ausspucken auf den Straßen anders zu beurteilen ist, wie man dies bisher getan hat. Dieselben Gefahren, nur noch in erhöhtem Maße, sind natürlich mit dem Ausspucken auf Kinderspielplätzen verbunden. Wenn also die Gesundheit seiner Mitmenschen und namentlich unserer Kinderwelt am Herzen liegt, der muß das Ausspucken unterlassen. In öffentlichen Fahrgelegenheiten, Schantwirtschaften, Tanzlokalen, Theatern und anderen öffentlichen Gebäuden findet man zum Teil bereits Spülnappe aufgestellt und entsprechende Verbotsstafeln angebracht. Dagegen sind in Privathäusern Ausspuckverbote nur selten vorhanden. Und doch ist hier die Gefahr der Übertragung von Krankheiten durch den Auswurf aus den vorstehend angegebenen Gründen viel größer als im Freien, weil der Auswurf in den Haussäulen und auf den Treppen bald austrocknet und dann durch jeden darüber hingleitenden Schritt, durch jeden Lustzug aufgewirbelt wird und auf diese Weise in Mund und Nase anderer gelangt. Ebenso kommt hier das Etikettregende der Unsitte des Ausspuckens noch mehr zur Geltung, als im Freien. Wenn anderwärts und namentlich in Amerika aus der vorstehend angeführten Erkenntnis das Ausspucken auf den Erd- und Fußboden verboten und sogar unter empfindliche Geld- und Freiheitsstrafe gestellt ist, so kann im Interesse der Volksgesundheit nicht genug auf die Unsitte des Ausspuckens auf die Erde hingewiesen und jedem zugerufen werden: "Nicht auf den Boden spucken!"

Öffentlicher Schlachthof. Es wurden geschlachtet: Im Monat September 1910: Ochsen 39, Bullen 157, Kühe und Stiere 1472, fette Kälber 364, milchende Kälber 603, Lämmer 1, Ziegen 39, Schweine 2681, Schafe 638, Pferde 45, zusammen 6040 Tiere. Beanstandungen: 1. Unzählig der ganzen Tierkörper, gänzlich vernichtet: — Pferd wegen vollständiger Abmagerung infolge einer Krankheit, 3 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen vollständiger Abmagerung infolge einer Krankheit, 1 Kuh wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel. — Kuh wegen im § 33, Absatz 2 der Ausführungsbestimmungen A genannter Mängel, — Kalb wegen Fäulnis, 4 Kälber wegen vollständiger Abmagerung infolge einer Krankheit, — Kalb wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 1 Schwein wegen Pyämie, 1 Schwein wegen Rotlauf, 1 Ziege wegen allgemeiner Wasserrucht. 2. Im Dampfdesinfektor gefroren: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 1 Jungfräulein wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Rotlauf, 1 Schwein wegen Tuberkulose, 1/2 Kindsfleisch wegen Tuberkulose, 2/3 Kalbfleisch wegen Tuberkulose, 1/2 Schweinfleisch wegen Tuberkulose. 3. Auf der Freibank verkauft: 1 Kuh wegen Wasserrucht, 1 Kuh wegen verschiedener anderer Erkrankungen

gen und Mängel, 6 Kälber wegen ungenügender Entwicklung, 1 Schwein wegen Gelbsucht, 940 kg Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthof untersucht.

Die Not der Zeit. Den Offenbarungszeit leisteten im Monat September nicht weniger als 29 Personen, darunter 4 Frauen, vor dem heiligen Amtsgericht. Eine Person berief sich auf den von ihr bereits im Juni geleisteten Offenbarungszeit.

Vom Ende des Extrinkens gerettet. Beim Spielen auf den Schützen an der Untertrave fiel gestern nachmittag ein etwa 7jähriger Knabe in die Trave. Herbeilenden Passanten gelang es, den Versinkenden noch rechtzeitig zu retten. — Es ist den Eltern dringend anzuraten, daß sie ihre Kinder ernstlich ermahnen, nicht auf den Schützen zu spielen. Es kann sich sehr leicht ein schwerer Unfall ereignen.

Das Schwurgericht verurteilte in seiner gestrigen Sitzung den verheirateten Bäckermeister Paasch, der am 28. August in Haffkrug ein Ettenderbrechen an einem Dienstmädchen begangen hatte, zu 2½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Konkursöffnung. Über den Nachlaß des am 18. August 1910 zu Lübeck verstorbenen Maurermeisters C. H. G. Pfensig ist am 25. Oktober 1910, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Gerichtsschreiber Ahlers in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei hielt am 25. Oktober 1910 ihre Generalversammlung für das 3. Quartal ab. Geschäftsführer Genosse W. Pape berichtete, daß der Umsatz wieder zufriedenstellend gewesen sei. Derselbe betrug 248 619,83 Mk. der Warenverbrauch 162 789,08 Mk., die Betriebskosten, sowie die Prozente an die Mitglieder betragen 74 906,93 Mk., es verbleibt dann noch ein Brüdergewinn von 10 928,82 Mk. Vermahlen wurden in der eigenen Dampf- und Windmühle 5174 Sack Getreide. Verbraucht wurden 6480 Sack Mehl. Sparinlagen wurden im 3. Quartal 17 081,88 Mk. gemacht.

Ob Fahrraddiebstahl. Von dem Hanslur eines Hauses der Levetzmannstraße wurde am 25. d. M. morgens ein Fahrrad gestohlen. Das Rad ist ohne Marken, es hat nach unten gebogene Lenkstange und trägt die Erkennungsnummer 9279. Der hintere Pneumatikreifen ist neu und trägt den Namen der Firma J. Fries-Hamburg.

Stadthallen-Theater. Am Freitag abend 8 Uhr findet ein einmaliges Gesamtspiel der Hoffchauspielerin Luise Willig mit einem Ensemble erster Berliner Bühnen-Künstler statt. Zur Aufführung gelangt die herliche Tragödie "Die Göttin" von Gabriele d'Annunzio. Das Interesse für diesen hochinteressanten Theaterabend ist bereits ein sehr reges und würde es ratsam sein, sich dafür rechtzeitig gute Plätze zu sichern.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag geht die romantische Oper "Der Freischuß" von Weber in Szene. Die Besetzung ist folgende: Max — Herr Pistori; Agathe — Frau Bartels; Annchen — Fel. Stretton; Kaspar — Herr Vollmer; Ottokar — Herr Fischer; Kunz — Herr v. Scheid; Alrian — Herr Haas. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Oberregisseurs Gustav. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Pfeiffer. Am Freitag gelangt Mozarts große Oper "Don Juan" zur nochmaligen Aufführung. — Die Einzahlung der 2. Abonnements-Rate und Ausgabe betr. Abonnementarten findet am Donnerstag, dem 27. Oktober bis inkl. Sonnabend, dem 29. Oktober, in der Theaterkanzlei von 10—1 Uhr vorm. und 5—7 Uhr nachm. statt.

Schwartz - Mensfeld. Knebel gelehrt statt Volksrecht, so lautet die Tagesordnung der zum 30. Oktober 1910 im Gasthaus "Transvaal" einberufenen Volkerversammlung. Genosse Fr. Bartels-Altona hat das Referat übernommen. Jeder, der nicht damit einverstanden ist, daß die Polizei bei Lohnkämpfen einseitig zugunsten der Unternehmer eingesetzt, jeder, der gegen die Unterstellung ist, daß die Sozialdemokratie die Unruhestifterin in Moabit gewesen ist, jeder, der für völlige Gleichberechtigung aller Staatsbürger, auch der Frauen, eintritt, jeder, der gegen Ausnahmegesetze zur Knebelung der Arbeiterbewegung ist, muß in diese Protestversammlung kommen.

Gieß. Selbstmord eines Referendar. Der beim hiesigen Landgericht beschäftigte Referendar Gieß hat sich in seiner Wohnung erhängt. Der Beweggrund ist vollkommen unbekannt; man weiß nichts, was Gieß zum Selbstmorde hätte Veranlassung geben können.

Hamburg. Man hat am 25. d. M. die Abgeordneten. H. B. Hansen-Apenrade, der einzige dänische Reichstags-Abgeordnete, teilte dem hiesigen dänischen Wählerverein mit, daß er eine Wiederwahl nicht annehmen werde. Hansen wurde vor sechs Jahren an Stelle des verstorbenen Redakteurs Jessen gewählt. Ein Nachfolger ist noch nicht bestimmt worden.

Kappeln a. d. Schlei. Panik bei einer Feuerbrunst. Montag abend brannte das umfangreiche Wirtschaftsgebäude und der große Saal des Bahnhofshotels in Sterup total nieder. Beim Ausbruch des Feuers fand im Saal ein Militärfestzelt statt. Des zahlreich anwesenden Publikums bemächtigte sich eine Panik. Es kam jedoch niemand zu Schaden. Das Mobiliar konnte gerettet werden.

Bramstedt. Großfeuer. Montag abend um 7½ Uhr brach in Hitzhusen bei Bramstedt ein Feuer aus. Biehstall und Schanne des Landmanns Köhlhaack sind abgebrannt; der Schaden beträgt etwa 20 000 Mk. Das Biehstall wurde gereiht; das ganze andere Inventar ist verbrannt. Selbstentzündung von Heu ist wahrscheinlich die Ursache des Feuers.

Schleswig. Soldaten mißhandelten en gros, die sämtlich bei der 1. Schwadron des Husarenregiments Nr. 16 im vorigen Winter verübt sind, kamen Montag vor dem Kriegsgericht zur Aburteilung. Verurteilt wurde der Sergeant Füllgraf wegen nachgewiesener Mißhandlung Untergebener in 55 Fällen (1), vorwurfsvoller Behandlung in zehn Fällen und Missbrauchs der Dienstgewalt in einem Falle zu drei Monaten drei Wochen Gefängnis und Disgradation. Außerdem wurde er sofort festgenommen, weil sich in der Verhandlung herausstellte, daß er versucht hatte, zwei Zeugen, Husaren, zum Meineid zu verleiten. Der Sergeant Füllgraf kam wegen Misshandlung Untergebener in vier Fällen vorwurfsvoller Behandlung in sieben Fällen und Unterlassung einer Dienstfahrt Melbung mit vier Wochen mittlerem Arrestes davor. Der Gefreite der Reserve Bergkasten aus Müssen wurde wegen gefährlicher Körperverletzung in zwanzig Fällen (1) und Mißhandlung von Untergebener zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Andere alte Leute der 1. Eskadron sind schon fürztlich zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt worden; weitere kommen dran. Die alten Leute verprügeln die jüngeren Fahrgäste gewohntmäßig und hatten, wie der Ankläger bemerkte, ein förmliches Schreensregiment aufgerichtet. Mit "gutem Beispiel" sind ihnen dabei die obengenannten Sergeanten vorangegangen, deren milde Bestrafung nicht abschreckend auf die Wiederholung ähnlicher Brutalitäten wirkte wird.

Wismar. Sozialdemokratischer Landesparteitag für beide Mecklenburg. Ein Anwesenheit sämtlicher Reichstagabgeordnete, sowie des Genossen A. Müller vom Parteivorsitz stand am Sonntag und Montag der Parteitag der mecklenburgischen Sozialdemokratie in Wismar statt. Es waren 41 Orte durch 55 Delegierte vertreten. Parteisekretär Krüger erstattete den Bericht des Landesvorstandes, daran schlossen sich Berichte der einzelnen Kreise über Agitation und Organisation. Der erste Kreis zählt 650 männliche und 65 weibliche Parteimitglieder; im zweiten Kreis wurden im Laufe des Jahres 270 neue Mitglieder gewonnen, die Gesamtzahl betrug 1469. Die Bewegung im dritten Kreis leidet darunter, daß sehr viele dortige Arbeiter in Hamburg arbeiten. Die Versammlungen waren gut besucht. Einmal über 100 Mitglieder wurden neu gewonnen. In Plau leidet unsere Bewegung darunter, daß von den organisierten Bauarbeitern niemand zu bewegen ist, einen Posten anzunehmen. Im vierten Kreis sind jetzt 641 Mitglieder vorhanden, davon 51 weiblichen Geschlechts. Die Genossen des Kreises sind von dem Wunsche beseelt, den Kreis Malchin-Waren der Partei zu erobern. In der Diskussion führte u. a. Große-Hamburg aus: Man kann sagen, daß unsere Bewegung in Mecklenburg gute Fortschritte gemacht hat. Das Verhältnis der politisch Organisierten zu der Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler muß verbessert werden. Gest haben wir an politisch Organisierten im 1. Kreis 10 Proz., im 2. Kreis 15,80 Proz., im 3. Kreis 10,69 Proz., im 4. Kreis 11,71 Proz., im 5. Kreis 22,64 Proz., im 6. Kreis 10,51 Proz., im 7. Kreis 7,10 Proz. Zu empfehlen ist, daß öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel nur dann einberufen werden, wenn die Aussicht besteht, daß größere Massen in die Versammlungen kommen. Solche Versammlungen müssen stets Demonstrationen bilden. Im Bericht der Presse für den 20. Oktober für die "Mecklenburgische Volkszeitung" wurde ausgeführt: Die beste Agitation für das Parteiblatt ist die Hausagitation. Das ist die schwierigste Parteiarbeit, die zu verfügen ist, aber wir müssen versuchen, unsere Parteigenossen zu dieser schwierigen Arbeit zu bewegen. Zur Erinnerung hat die Preßkommission beschlossen, für Gewinnung eines Abonnenten für einen Monat 10 Pf., für zwei Monate 20 Pf., und für drei Monate 30 Pf. zu zahlen. Angenommen wurde folgender Antrag Herzfeld: "Es ist eine Kommission vor neuen Personen einzurichten, welche die Stadtverfassungen der mecklenburgischen Städte und wo ein Wahlrecht zu den Bürgervertretungen besteht, die Bedingungen zur Erlangung des Wahlrechts übersichtlich zusammenstellt. Der Bericht soll in der "Mecklenburgischen Volkszeitung" veröffentlicht werden." Es wurden sodann noch Referate vom Internationalen Kongress (Statosson) und über die politische Lage im Reich (Dr. Herzfeld) erstattet. Über die mecklenburgische Verfassungssfrage referierte Statosson-Rostock. Im vorigen Jahre hat die mecklenburgische Regierung ihre Vorlage frisch lackiert. Nach dieser Vorlage soll sich der zukünftige Landtag zusammensetzen aus 25 Vertretern der Ritterschaft, 25 der städtischen Magistrature, 50 aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Vertretern, einem Vertreter der Rittergutsbesitzer und fünf Wählern des Großherzogs. Bei der Erörterung der Verfassungsfrage im Reichstage war zu bedauern, daß der 5. Kreis der mecklenburgischen Sozialdemokratie vorübergehend verloren gegangen ist. Ob die Regierung die oben geschilderte Vorlage nochmals einbringen wird, wissen wir nicht. Die neue Vorlage wird gewiß nicht besser ausfallen. Die Behandlung der Frage durch die Liberalen ist nicht über schöne Reden hinausgegangen. Wie bei vielen anderen politischen Wünschen wird sich auch hier herausstellen, daß die Arbeitsschafft im Kampfe um eine bessere Vertretung allein steht. Im Anschluß an das Referat des Genossen Vozenhardt-Rieck aus Neubrandenburg über die Fortschritte der Landarbeiterorganisation erklärte Werner-Rostock: Die Landarbeiter haben kein Streikrecht. Wir verfehlten aber nie, die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen: Ihr habt einen Vertrag, diesen Vertrag könnt ihr kündigen. Kündigt auf besonders schlechten Arbeitsstätten alle Mann den Vertrag (Bravo!). Der Antrag, einen Extrabeitrag pro Vierteljahr von 20 Pf. (zwei Pfandsmarke) für die Landesstaffe (von den männlichen Mitgliedern) zu erheben bis zur nächsten Reichstagswahl, zurückgeworfen vom 1. Juli an, wurde abgelehnt, nachdem der Parteisekretär und andere Redner sich dagegen gewandt hatten. Bei der Beratung und Beschlußfassung der Anträge wurde der Antrag Büthe, jeden Kreis zu verpflichten, einen Delegierten zum deutschen Parteitag zu entsenden, abgelehnt, ebenso der Antrag Brüel, den mecklenburgischen Parteitag vor dem allgemeinen deutschen stattfinden zu lassen. Der Antrag Bülow wurde mit der Änderung angenommen, daß der Parteitag es als selbstverständlich ausspricht, daß jeder Parteigenosse Leser des Parteiorgans ist. Der nächstjährige Parteitag findet in Güstrow statt.

Rostock. Wer kauft ein Landtagsmandat?

Stimmenlauf und Mandatstransfert sind kriminelle Vergehen — in der Theorie.

Wie in der Praxis Mandate erpreßt werden, ohne daß die Expressen von dem Arme der Gerechtigkeit erfaßt werden, darüber findet man in den Akten des Reichstags und des Abgeordnetenhauses massenhaft Material. In den gottgegebenen Gesilden Mecklenburgs ist — die Mandatserpressung allerdings nicht nötig, da kann man ganz ungern Mandate kaufen; sie werden ausgetragen wie adlige Fräuleins für reiche Industrielle und verlotterte Funken für goldschwere Blügertöchter. Im B.C. steht man folgendes: „Referat: Die Landtagsrittergut in Mecklenburg, circa 3000 Morgen (wovon 720 Wiesen und 350 guten Forst), vornehmer Herrschaftsitz mit allem Komfort, 1a. Wirtschaftsgebäude, hervorragend, ledig, in tot. Inventar, Brillenverhältnis, extrakt. Bod. mod. Brennerei (Kont. 70 000 Lit.) bei 250 000 Mk. Auszahlg. verfl. Feller Preis 1 050 000 Mk. Erwerber erhält 5% im Landtag.“

Selbstrestnahmestoff kostetlos durch Martin Hansen Rostock I. M. Karlsruhe 21.

Wer das nötige Kleingeld hat, kann Geigesmacher werden. Glückliches Mecklenburg!

Geide. Quaquierer Tod eines Kindes. Das zweijährige Kind des Landmanns E. Niedels in Geide, das kurzlich in ein Gefäß mit heißer Milch fiel und arge Brandwunden am Oberkörper davontrug, ist gestorben.

Bremen. Ein schöner Erfolg der streikenden Straßenbahner. Eine Verhandlung der Straßenbahner, die gestern abend stattfand, nahm die zwischen der Aufsichtsbehörde der Straßenbahn und einigen sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitgliedern festgesetzten Einigungsvorschläge an und beschloß, die Arbeit heute wieder aufzunehmen. Zwei der Hauptforderungen, die die Straßenbahner

Bereitung zugeschauten hat, sind: 1) die ausdrückliche Genehmigung, daß die Straßenbahnen der Organisation der Transportarbeiter angehören dürfen, 2) eine sofort in Kraft tretende Gehaltszulage von 10 Mr. Heute wird der Betrieb zunächst auf einer Strecke wieder aufgenommen, im Laufe der nächsten Tage werden nach betriebsmäßigen Möglichkeiten auch die übrigen Linien wieder befahren.

Soziales.

Vom tschechischen Separatismus. Nach der Versplitterung von Gewerkschaften und Genossenschaften gehen jetzt die tschechischen Separatisten daran, die Zusammenfassung der von sozialistischen Arbeitern verwalteten Krankenkassen zur Lösung gemeinsamer Aufgaben und zur Abwehr gemeinsamer Gefahr, die Reichskommission der Krankenkassen Österreichs zu zerstören. Ein Aufruf, unter dem auch die Namen zweier Mitglieder der tschechischen sozialdemokratischen Partei stehen, fordert dazu auf. Die Reichskommission hat bisher die Krankenkassentage veranstaltet, Material zur Behandlung von Versicherungsfragen und der Sozialversicherungsvorlage durch die sozialdemokratischen Abgeordneten ausgearbeitet und den Mitgliedern der angelassenen Kassen den Besuch von Kurorten und Heilstätten ermöglicht. Die Reichskommission zählt gegenwärtig 277 Kassen mit 1 900 000 Mitgliedern, worunter etwa 44 Kassen mit einer 155 000 Personen betragenden Mitgliedschaft tschechischer Nation. Mit der Gründung einer eigenen tschechischen Reichskommission folgen die tschechischen Sozialdemokraten bezeichnenderweise dem Beispiel der bürgerlichen oder gelben Deutungsnationalen, die hierbei mit ihrer Reichsvertretung der deutschgedeckten Krankenkassen vorgeingingen. So wirkt der Kopenhägener Beschluß auf die tschechischen Separatisten, die erst vor wenigen Tagen eine Versammlung tschechischer

Zu sofort oder 1. Oktober
Klostwitzstraße mehrere Drei- und
Zweizimmerwohnungen
zu vermieten. Näheres
Klostwitzstraße 48, pt., r.

Tüchtige
Arbeiterinnen
werden gesucht.
Heinr. Ihde NfL.
Böpferweg 63.

Arbeiterinnen
gesucht
Aug. Schumacher
Einstiegenstraße 3.

Gefunden eine Damenuhr mit Goldrand und Kette in der Mengstraße. Abzuholen in der Expedition dieses Blattes.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Labea - Rabattmarken.

Infolge der Kaffee-Zeitung
trinkt Malzol
mit profitablen Zugaben.
Bestes ärztl. empfohlener
Malzkaffee.
überall erhältlich.
Zeitr.: Hans Wilms.
Bremser 2065.

Nahmaschinen-
Hinrichsen
Beckergrube 76
repariert zu besten Nahmaschinen mit 2 Jahre Garantie.

Kochäpfel
Kochäpfel, 10 Pfennig 0.25.
Daueräpfel
Daueräpfel 10 Pfennig 0.25.
seine leidliche andere Seiten siegt
Wiederholte Böttcher,
Böttcherstrasse 11.

zentralistischer Arbeiter in Prag durch wilde Lärmszenen prengten.

Schiffsschauzeitungen.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Montag, den 24. Oktober,

Natalia, Kapt. Johanna, von Mönsteras in 2 L.

D. Express, Kapt. Davidsen, von Flensburg in 17 St.

D. Seeadler, Kapt. Mens, von Wismar in 8 St.

D. Stadt Lübeck, Kapt. Beeth, von Wismar in 56 St.

Dienstag, den 25. Oktober.

D. Annabelle, Kapt. Thiel, von Königsberg in 39 St.

D. Britania, Kapt. Stoll, von Enden in 48 St.

D. Halland, Kapt. Kollberg, von Kopenhagen in 18 St.

D. Kreona, Kapt. Bentz, von Königsberg in 38 St.

D. Travé, Kapt. Welslahn, von St. Petersburg in 8½ L.

D. Meta, Kapt. Lomer, von Tscherni in 2 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Montag, den 24. Oktober.

D. Majaden, Kapt. Stenfelt, nach Kopenhagen.

D. Neania, Kapt. Brinkmann, nach Kolding.

D. Grezia, Kapt. Hallborg, nach Dernrödsdorf.

Dienstag, den 25. Oktober.

Columbus, Kapt. Jensen, nach Falsterborg.

Dorothea, Kapt. Möller, nach Hadersleben.

Albatros, Kapt. Andersson, nach Karlshamn.

Neptun, Kapt. Jensen, nach Barth.

D. Norden, Kapt. Johansson, nach Gothenburg.

Schiffsbewegungen.

D. Alexander ist gestern morgen in Riga angekommen.

D. Dora, Kapt. C. Klingenberg, ist gestern früh in Danzig angekommen.

D. Luba ist gestern morgen Pillau passiert und von dort auf Königsberg abgegangen.

D. Kupido, Kapt. Paulmann, ist gestern morgen von Elborg auf hier abgegangen.

D. Stockholm, Kapt. Dietrich, ist gestern mittag in Königsberg angelkommen.

Literarisches.

Im Verlag von F. G. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist heute erschienen: Ist die Welt bewohnt? Eine Darstellung der Frage nach der Bewohnbarkeit anderer Weltkörper auf Grund unseres jetzigen Wissens von der Natur derselben und vom Leben. Von Felix Linke. Neuntes Bandchen der Kleinen Bibliothek. 108 S. Illustrirt. Preis brodliert 75 Pfennig, gebunden 1 Mark. Vereinsausgabe brodliert 50 Pfennig. Mit diesem Bandchen beginnen wir eine Serie populärer naturwissenschaftlicher Arbeiten zu veröffentlichen, die sicher eine gute Aufnahme bei unseren Lesern finden werden. Eine Reihe zuverlässiger Autoren ist für die Herausgabe gewonnen worden. Die nächste Publikation wird sein: Kann die Erde untergehen? Sodann folgen Erdgeschichte, Geschichtete der menschlichen Arbeit, Darwinische Theorie und anderes mehr. Alle Buchhandlungen und Kolporteurs nehmen Bestellungen entgegen.

Briefkasten.

N. D. Gesetzliche Bestimmungen über das Schließen der Haustür gibt es nicht.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schwartze, für den gesamten Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Grawitz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Zentral-Hallen

Dankwartegrube 20.

Jeden Donnerstag:

Großes Tanzfranzchen.

Eintritt für Herren 25 Pf., für Damen 10 Pf., dafür Tanz frei.

H. Pagel.

Morgen erfahren Sie was der

Don

OP

ist

Hansa-Theater

Täglich

abends 8 1/4 Uhr:

Gastspiel des Berliner

Thalia - Theaters.

Der Schlager v. Berlin 1910!

Polnische Wirtschaft.

Posse mit Gesang und Tanz in drei Akten.

50 Darsteller und 50 Darstellerinnen.

Vorzungskarten mit Datum bis 31. Oktober haben Gültigkeit.

Stadthallentheater.

Freitag, 28. Ott. Abends 8 Uhr.

Einmaliges Gesamt-Gastspiel

Louise Willig, Königl. Schauspielerin,

mit Ensemble Berliner Künstler.

Die Gioconda.

Tragödie von Gabriele d'Annunzio.

Erhöhte Preise! Dutzende ungelitt!

Vorberlauf täglich in den bekannten

Stellen bei Nagel, Markt 14. und

Roh, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 27. Ott. 7 1/2 Uhr.

Voll-Ab. 36. Donnerstag Ab. 6

Der Freischütz.

Romant. Oper von C. M. v. Weber.

Freitag, 28. Ott. 7 1/2 Uhr.

Don Juan.

Große Oper von Mozart.

Die verehlt. Abonnenten werden

höchst erfreut, die 2. Abonn. Rate

von Donnerstag, 27. Ott., bis

inf. Sonnabend, 29. Ott., gegen Empfangnahme der Abonn.

Karten in der Theater-Kanzlei von

10-1 und 5-7 Uhr einzuzahlen.

Die Stunde kommt, die Stunde kommt

wo die Wäsche total durch Chlor verdorben wird. Wenn Sie aber nur

„Epur“

einkaufen, so ist dieses ausgeschlossen. Man kann damit spülen, putzen, desinfizieren, Fußböden reinigen, Marmorplatten abwaschen usw. In Paketen von 1/2 Pfund à 30 Pf., 1 Pf. à 60 Pf.

In Kolonialwaren- u. Drogengeschäften zu haben.

Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg, Weidenallee 6/12.

Dr. med. Tegtmeier

Arzt

für physik. u. diätet. Behandl.

(zu allen Kassen als Arzt zugelassen)

Sprechstunden im Winter

8-10, 4-5 Uhr.

Sonntags 8 1/2-9 1/2 Uhr.

Pferdemarkt 5. Fernspr. 2353.

Arbeiter-Bildungsverein.

Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

Freitag, 28. Oktober,

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Tagess-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal.

2. Verschiedenes.

3. Vortrag über „Fritz Reuter“.

(Im Anschluß hieran Recitationen aus Reuters Werken.)

Zu dieser Versammlung sind die

Mitglieder, sowie deren Frauen und

Anghörige, freundlich eingeladen.

Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

N.B. Der Unterricht in Esperanto

findet fortan nur Montags statt.



Quartals-Versammlung

am Donnerstag, 27. Oktober,

abends 8 1/2 Uhr,

im Lokale des Herrn J. Mohr,

Quintenstraße 101.

Der Vorstand.

am Dienstag, 1. November, 1910.

Aufgang morgens 10 Uhr.

Eintak 50 Pf.

Hierzu lädt freundlich ein.

Louis Klein.

Betr.: Friedr. Lender.

Beckergrube 76.

repariert zu besten Nahmaschinen mit 2 Jahre Garantie.

Kochäpfel

Kochäpfel, 10 Pfennig 0.25.

Daueräpfel

Daueräpfel 10 Pfennig 0.25.

seine leidliche andere Seite siegt

Wiederholte Böttcher,

Böttcherstrasse 11.

Nah